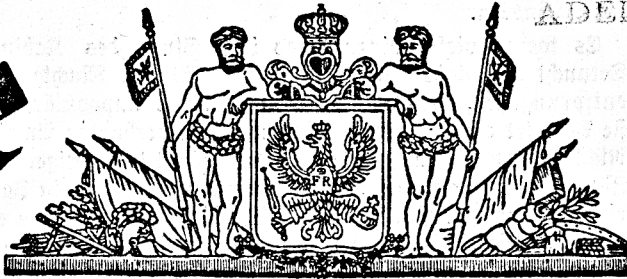


Vossische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Fraktionsberatungen.

Gestern nachmittag traten auf Einladung des Vertreters des Kriegsministeriums, General v. Wrisberg, die Mitglieder des Hauptauschusses zu einer vertraulichen Beratung im Bundesratsaal des Reichstags zusammen. Mehrere Redner, vor allem Abg. Groeber, hatten in der Sitzung am gestrigen Morgen den Wunsch geäußert, noch über die offiziellen Erklärungen die General Wrisberg im Namen der Obersten Heeresleitung abgegeben hatte, hinausgehende Mitteilungen zu erhalten. In der bis nach 6 Uhr dauernden geheimen Aussprache stellten die Ausschussmitglieder zahlreiche Fragen, die ihre Beantwortung fanden.

Gegen 7 Uhr trat der interfraktionelle Ausschuss zu einer kurzen Aussprache zusammen. Man gewann den Eindruck, daß die Vertreter der Mehrheitsparteien in der Hauptsache durch ihre Zusammenkunft den Gerüchten widersprechen wollten, die sozialdemokratische Sonderaktion, die Veröffentlichung einer sozialdemokratischen Mindestforderung, habe den Mehrheitsblock zerfallen lassen und eine fernere gemeinsame Arbeit unmöglich gemacht. Man ging nicht mehr auf die politischen Tagesfragen ein und machte keinerlei Versuch, festzustellen, inwieweit Neigung bei der Zentrum- oder der Volkspartei besteht, von dem sozialdemokratischen Programm ein Gemeinsames der drei Fraktionen durch gegenseitige Zugeständnisse abzuleiten. Man ist vielmehr der Auffassung, daß die Aufstellung eines politischen Programms erst erfolgen kann, wenn die Rangfrage geklärt ist.

Die gestrige Debatte im Hauptauschuss hat bereits deutlich erwiesen, daß die Reichstagsmehrheit, wenn sie schon ein neues politisches Programm auszudrücken haben wird, in erster Linie die Lösung der Krise erwarten muß. Die Rede des Abg. Groeber hat bestätigt, daß das Zentrum zwar auf keinen Fall die Aufgabe übernehmen will, den Rücktritt des Grafen Hertling zu beschleunigen. Da aber Graf Hertling sehr gut die Taktik seines parteifreundlichen Groeber kennt, der dem Kanzler persönlich das Eichelhafteste sagte, ihn aber sachlich, in seiner Politik, recht scharf kritisierte, so wird er sich schon beim Verlassen des Reichstages gestern gesagt haben, daß die Zentrumspartei, vor die Alternative gestellt, zwischen der Fortsetzung der Mehrheitsaktion oder dem Festhalten an dem geschätzten, aber ermüdeten Staatsmann wählen zu müssen, ihren Entschluß bereits gefaßt hat.

Abwarten — das schien die Parole zu sein, die sich der interfraktionelle Ausschuss gestern gegeben hat. Man wird den Entschluß des Grafen Hertling erwarten und inzwischen die Beratung im Hauptauschuss fortsetzen. Dort wird heute als erster Graf Westarp für die Konservativen sprechen, dann werden die Redner der Unabhängigen Sozialdemokraten, der Polen und Elßässer kommen, worauf die zweite Rednerreihe antritt, Zentrum, Mehrheitssozialdemokratie usw. Für die Volkspartei wird der Abg. Gothein sprechen.

Die Volkspartei und die Sozialdemokraten hielten gestern in den späteren Abendstunden Fraktionsberatungen ab, wobei, wie wir hören, ebenfalls die Ansicht vorherrschte, daß die eingehendere Besprechung eines neuen politischen Programms jetzt schon deshalb verfrüht wäre, weil dringender nur die Frage sei, ob Hertling bleibe. Ein neues Programm könne man nur mit einem neuen Mann besprechen, der sich auch nicht ein Programm aufdrängen lassen werde, sondern ein eigenes mitbringen müsse.

Der verbotene Frontbeluch.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Z Bern, 25. September.

Zwei amerikanischen Kongreßabgeordneten, Dunden und Dillon, ist von den englischen Militärbehörden der Besuch der englischen Front in Frankreich untersagt worden. Die beiden amerikanischen Volkstretter waren auf einem englischen Schiff nach Frankreich gekommen. Ihre Aeußerungen bei Tischunterhaltungen auf dem Schiff sollen von englischen Passagieren überliefert worden sein. Bisher ist jede Begründung dieses eigenartigen Verbots unterdrückt worden. Die beiden Kongreßabgeordneten sind gegenwärtig an der italienischen Front.

Die türkische Antwort auf die Note Burians.

Drahtmeldung.

Konstantinopel, 25. September.

Die Note, die die türkische Regierung als Beantwortung der Note des Grafen Burian der österreichisch-ungarischen Regierung durch den türkischen Botschafter in Wien hat übermitteln lassen, hat folgenden Wortlaut:

„Der von der kaiserlichen und königlichen Regierung an alle kriegführenden Staaten gerichtete Vorschlag, in einem neutralen Lande einen vertraulichen und nicht obligatorischen Meinungsau-

tausch über die Grundzüge eines dauerhaften und ehrenvollen Friedens zu führen, entspricht vollständig der Auffassung der kaiserlich-ottomanischen Regierung, die sie im Einvernehmen mit ihren Verbündeten wiederholt zu bekunden nicht ermangelt hat. Infolgedessen spricht die kaiserliche Regierung den Wunsch aus, daß dieser neuerlich von der kaiserlichen und königlichen Regierung unternommene, von hohem Menschlichkeitsgefühl und aufrichtigem Besehungsgeist eingegebene Schritt zur Vorbereitung des Bodens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze Welt umfassenden Frieden bei unseren Gegnern die besten friedlichen Dispositionen finde. Der Unterzeichnete hat die Ehre, im Namen der kaiserlichen Regierung zu erklären, daß die hohe Pforte bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.“

Der deutsche Abendbericht.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 25. September, abends. (Amtlich.)

Zwischen Omignon-Bach und der Somme wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen.

Der Kaiser in Kiel.

Drahtmeldung.

Kiel, 24. September.

Der Kaiser ist heute vormittag neun Uhr mit Hofzug auf dem hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen. Zum Empfang waren u. a. anwesend Prinz Heinrich von Preußen, Herzog und Herzogin von Meiningen, Admiral Boemann und Admiral Scheer. Vom Bahnhof begab sich der Kaiser auf dem Wasserwege zur Torpedowerkstatt und später nach dem Gzerzierplatz in der Wil, woselbst Abordnungen aller Truppenteile der Garnison Aufstellung genommen hatten. In einer Ansprache erinnerte der Monarch an Coronel und Stogerrat, sowie an die tapferen Vorkämpfer unserer Torpedoboote gegen die feindlichen Kräfte, die bewiesen hätten, welcher Geist in der Flotte herrsche. Die Ruhmestaten der Flotte seien denen unserer Armeen gleichwertig.

Der Kaiser überbrachte sodann die Grüße der an der Westfront kämpfenden Kameraden und forderte zum Schluß auf, dafür zu sorgen, den U-Boot-Krieg in voller Wirksamkeit zu erhalten, damit den Truppen an Land auch weiterhin geholfen werde, den schweren Kampf mit Erfolg durchzuführen.

Der Nachmittag war Besichtigungen auf der Kaiserlichen Werft gewidmet. Auch hier wandte sich der Kaiser an Arbeiter und Arbeiterinnen zu eingehendem Gespräch. Einer Anzahl von Angestellten und Arbeitern wurden Auszeichnungen verliehen. — Heute begibt sich der Kaiser nach Ederförde zur Besichtigung der U-Bootschule.

Fochs vergebliche Mollenstöße gegen St. Quentin.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Seit Anfang September verschoß sich der Druck der Engländer gegen die Siegfriedstellung immer mehr von Norden nach Süden. Dabei rannte Foch mit zusammengeballten Kräften und mit außerordentlicher Zähigkeit bald in geschlossenem Grpfangriff, bald in starken Teilvorstößen bisher immer wieder vergeblich gegen die deutsche Front im Raum Cambrai—St. Quentin an. Am 24. September setzte er starke englisch-französische Kräfte gegen den Raum nordwestlich und westlich St. Quentin an. Der Angriff galt in erster Linie der sogenannten Commyhöhe zwischen den Dorftrümmern von Pontreuet und Gricourt. In gewohnter Weise stürmten die Engländer vor. Hinter schwerstem Artilleriefeuer gingen starke Infanteriemassen vor, die zahlreiche Tanks und Schlachtflieger begleiteten. Im ersten Ansturm gingen die beiden Dörfer verloren. Dem planmäßig unter starkem Artilleriefog einsehenden deutschen Gegenangriff vermochten die Engländer jedoch nicht standzuhalten. Pontreuet und Gricourt wurden wieder erobert. In erbittertem Ringen gelangte schließlich auch die Commyhöhe, die mehrmals den Besitzer wechselte, wieder in deutsche Hand.

Weiter südlich, wo es den Franzosen gelungen war, sich Francilly-Seleny zu bemächtigen, griff der Gegner um Mitternacht noch kurzer Feuerberechtigung nachmals an. Es gelang ihm jedoch nicht, über das Dorf hinaus Boden zu gewinnen. Fünf Offiziere und fünfzig Mann blieben in deutscher Hand.

Zwischen Ailette und Wisne stießen in der Nacht vom 23. auf 24. September mehrfach starke französische Patrouillen vor. Dem am Morgen des 24. einsehenden schweren Feuer folgte nur ein Teilangriff südöstlich Baugailon, der im Sandpanatankampf und im Gegenstoß abgewiesen wurde.

An den übrigen Fronten war die Patrouillen-Tätigkeit reger. Bei eigenen Unternehmungen wurden mehrfach Gefangene eingebracht. Bei einem derartigen deutschen Vorstoß nordöstlich Darn gelang es, 14 feindliche Unterstände zu sprengen und 82 Gefangene zurückzubringen.

Japans Wille zum Kompromiß.

Saionji Ministerpräsident.

Son

Erich von Salzmann.

Seit dem Jahre 1889 ist Japan ein konstitutionelles Staateswesen mit Ober- und Unterhaus. Das japanische Volk hat festgelegte Rechte, die ebenso wie die der Krone theoretisch genau umrissen sind. Auch in Japan hängt aber, wie überall auf Erden, alles von der Persönlichkeit ab. Führen schwache, staatsmännisch ungeschulte Männer, so steigt die Macht des Parlaments. Wagt die der Volksvertretung unverantwortliche Macht hinter dem Thron zu brutal einzugreifen, oder hebt sie auch in Japan stets tätige Kamarilla zu sehr das Haupt, so gibt es Rebellion. So war es, als Katsura die alte Geschlechterpolitik aufzurichten sich bemühte. So ist es heute, wo eine Gruppe von Männern, die dem Volk gegenüber die Verantwortung nicht voll zu tragen gewillt ist, die Politik im Wege leitet, die das Volk in seiner Masse nicht mitzumachen beabsichtigt.

In Japan vollzieht sich in diesen Tagen genau dasselbe, was wir während des Weltkrieges in allen Ländern der Erde vor sich gehen sehen, und was im besonderen bei uns zurzeit den inneren Kampf akut gemacht hat. Das japanische Volk fordert durch seine Vertretung Anteilnahme an dem, was die Regierung in der Innen- und Außenpolitik unternimmt. Der Ministerpräsidentenschaft des Fürsten Katsura und die Terauchis waren realtäre Intermezzi in der konstitutionellen Entwicklung des japanischen Kaiserreiches. Die Rückkehr Saionjis zur Macht bedeutet den Willen des japanischen Volkes zur demokratischen Regierungsform. Saionjis Berufung durch den Tanno ist vorausschauende Politik. Sie zeigt außerdem die politische Erkenntnis in den breiten Volksmassen, den englisch-amerikanischen Schlagworten, die sich sicherlich einmal gegen Japan wenden werden, auf diesem Gebiet schon jetzt die Spitze abzubrechen.

Um verstehen zu können, was in Japan vorgeht, müssen wir in seiner parlamentarischen Entwicklungsgeschichte etwas zurückgehen. Im Jahre 1889 wurde Japan eigentlich konstitutionell. Jedoch blieb die Teilnahme der Volksvertretung an irgendeiner Regierungshandlung bis zum Jahre 1898 in jenen milden Formen patriarchalischer Herrschaft, die wir in asiatischen Staaten stets unter starken Herrschern mit klugen Ratgebern finden werden. Im Jahre 1898 wurde der erste Versuch gemacht, zwei schon im Parlament bestehende Gruppen so zusammenzufassen, daß aus einer derselben die jeweilige Regierung hervorgehen sollte. Diese Regierung sollte so lange im Amt bleiben, als sie das Vertrauen dieser Gruppen besaß. Mit anderen Worten: Man versuchte, das englische Vorbild abzuleiten. Der Versuch dauerte nur 6 Monate. Japan war noch nicht reif. Der Stach kam schnell, und mit ihm kam jener Mann ans Ruder, der wohl als Bismarck des Ostens bezeichnet werden kann: Fürst Ito. Er fiel auf dem Bahnhof in Harbin 11 Jahre später durch koreanische Mörderhand. Sein Todestag kann als ein Unglückstag für Japan bezeichnet werden. Seitdem ist eine gewisse Unsicherheit in die politische Entwicklung gekommen. Ito hatte es verstanden, durch seine überragende Persönlichkeit für die Dauer seiner Ministerpräsidentenschaft die Parteienregierung nach englischem Vorbild so gut wie auszuschalten. Er versammelte um sich eine Gruppe. Das waren jene „Freunde der Konstitution“, die Senyukai, die auch heute noch als die stärkste politische Richtung innerhalb des Parlaments anerkannt werden muß. Ihr gehört Saionji an. Was Ito ursprünglich beabsichtigte, d. h. mit einer von Fall zu Fall zu bildenden Mehrheit ihm unbedingt ergebener Leute alles durchzubrüden, war auf die Dauer nicht durchführbar. Die Schüler wuchsen dem Meister über den Kopf. Der Konflikt war unausbleiblich. Er kam 1903. Ito forderte die Unantastbarkeit der vom Kaiser ernannten Minister, die Volksvertretung forderte die Verantwortlichkeit der Minister ihr gegenüber. Im Konflikt trat Ito zurück. Er wurde Präsident des Staatsrates und verzichtete zugleich auf die Führerschaft der Senyukai.

Itos Nachfolger wurde sein Freund und Vertreter Marquis Saionji, der jetzt den Ministerpräsidentensessel bestiegen hat. Dieser Aristokrat war während der Satsuma-Rebellion als politischer Flüchtling in Frankreich gewesen, wo er sich mit jenen demokratischen Ideen vollzog, die er heute in Japan als Führer des Volkes sicherlich praktisch zur Durchführung bringen wird. Seit jenen Tagen hat die Senyukai im allgemeinen drei Fünftel der Volksvertretung umfaßt. Man kann sie als eine Art Regierungspartei bezeichnen, die im allgemeinen stets geneigt war, alle Forderungen der Regierung zu bewilligen. Die Opposition blieb während dieser ganzen Zeit